

Medienkonferenz vom 24. Februar 2005

Mit fairen Kinderzulagen zur konkreten Politik für Eltern und Kinder

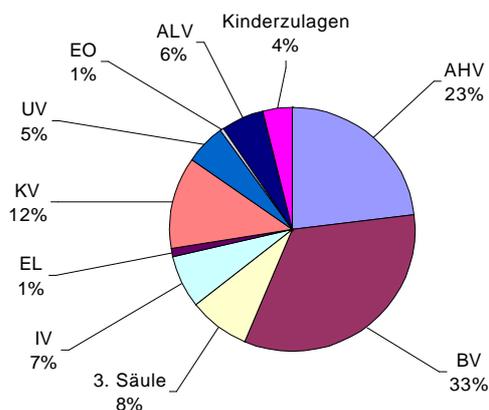
Die Familien haben einen hohen Stellenwert in der politischen Sonntagsrede. Sobald es konkret wird, werden sie aber keineswegs fürstlich behandelt. Ein Blick in die Statistik der Sozialversicherungen zeigt, dass nur gerade vier Prozent der Kosten für die Familien aufgewendet werden. Und auch mit fairen Kinderzulagen würde dieser Anteil nur auf acht Prozent steigen. Weiterhin eine bescheidene Zahl, wenn gleichzeitig beachtet wird, dass Kinderzulagen genau das richtige Instrument sind, um die viel gepriesene Mittelstandsfamilie gezielt zu stärken.

Hugo Fasel, Nationalrat, Präsident Travail.Suisse

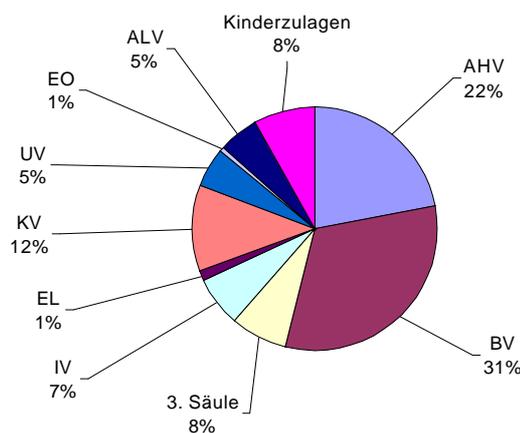
Um zu sehen, welchen Stellenwert die Politik einem Thema zumisst, gibt es eine einfache Frage zu beantworten: Wie viel Geld wird dafür bereitgestellt? Für die heute anerkannten und akuten finanziellen Schwierigkeiten der Familien und die daraus resultierenden Folgen wie Familienarmut, eingeschränkte Chancengleichheit von Eltern und Kindern etc. sieht diese Betrachtung schlecht aus. Ein Blick in die Statistik zeigt nämlich, dass nur gerade vier Prozent der Kosten der gesamten Sozialversicherungen in der Schweiz für die Familien aufgewendet werden. Keine berauschende Zahl.

Die Initiative „Für faire Kinderzulagen!“ würde die finanzielle Situation der Familien in der Schweiz massiv verbessern. Dennoch ändert sich am Gesamtbild nur wenig. Der Anteil für die Familien würde zwar von vier auf acht Prozent steigen, aber immer noch weit hinter den grossen Posten der Altersvorsorge zurückbleiben. Dabei sind die Kinder die einzigen, die unsere Altersvorsorge wirklich sichern können.

*Wie viel Geld für die Kinder?
Mit heutigen Kinderzulagen*



Mit fairen Kinderzulagen



© Travail.Suisse

Kinderzulagen stärken gezielt Familien mit mittleren Einkommen

Wenn die Familien gestärkt werden sollen, dann stellt sich natürlich die Frage, mit welchem Instrument das zu geschehen hat. Für Travail.Suisse ist klar, dass höhere Kinderzulagen genau das richtige Instrument sind. Der Grund dafür ist einfach: Kinderzulagen erreichen gezielt Eltern und Kinder der mittleren Einkommensschicht, und gerade hier leben auch am meisten Kinder.

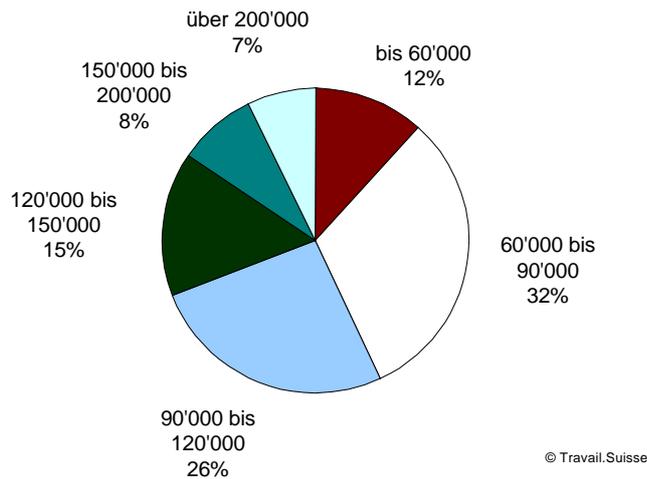
Im Vergleich dazu sind Steuererleichterungen den Kinderzulagen klar unterlegen. Tiefe Einkommen können steuerlich gar nicht wirksam gestärkt werden, weil sie keine Steuern bezahlen. Dafür entlasten Steuererleichterungen hohe Einkommen aufgrund der ansteigenden Steuerprogression ungebührlich und überproportional. Diesen Zusammenhang hat auch das Volk begriffen und das Steuerpaket am 16. Mai 2004 klar verworfen.

Ergänzungsleistungen, die ja in der laufenden familienpolitischen Diskussion auch eine Rolle spielen, kommen für die Familien ganz klar zu spät. Denn schon lange vor dem Fall unter das Existenzminimum ist die Chancengleichheit der Eltern und Kinder nicht mehr gewährleistet. Wir können es uns gesellschaftlich und wirtschaftlich kaum leisten, unsere Kinder zuerst arm werden zu lassen, bevor wir etwas für sie tun.

Kinderzulagen stärken hingegen gezielt tiefere und mittlere Einkommen. Bei den Kinderzulagen hat nämlich die Steuerprogression eine ausgleichende – und nicht eine verstärkende – Wirkung. Hohen Einkommen bleibt deutlich weniger von den höheren Kinderzulagen. Diesen Zusammenhang hat sogar der Bundesrat so in seiner Stellungnahme zum Gegenvorschlag festgehalten. Wenn zudem beachtet wird, dass gerade in Familien mit mittleren Ein-

kommen der allergrösste Teil der Kinder lebt, dann sind Kinderzulagen genau das richtige Instrument zur Stärkung von Eltern und Kinder in der Schweiz.

Wo leben wie viele Kinder? Kinder nach Einkommenskategorie



Quelle: Bruttoeinkommen, SAKE 2004

Parlament ist gefordert

Die familienpolitische Diskussion, die in der Frühlingssession im Nationalrat stattfindet, hat auch noch aus einem weiteren, nicht inhaltlichen Grund ein andere Qualität als die Diskussionen um das Steuerpaket oder die Ergänzungsleistungen für Familien.

Faire Kinderzulagen sind nicht einfach ein Anliegen eines Parlamentariers oder einer Partei. Es ist eine Volksinitiative. Und das heisst, dass immerhin über 100'000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihre Unterschrift unter dieses Anliegen gesetzt haben. Diese 100'000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind ganz klar der Meinung, dass Familienpolitik auch etwas kosten darf. Diesem Punkt hat auch das Parlament Rechnung zu tragen. Es muss endlich dafür sorgen, dass die Familienpolitik nicht nur Thema von Sonntagsreden und Parteiprogrammen bleibt, und den Schritt zur konkreten Stärkung der Familien in der Schweiz machen. Der beste Weg dazu ist die Unterstützung der Initiative „Für faire Kinderzulagen!“.

Medienkonferenz vom 24. Februar 2005

Senioren - Power für die Familien

Vor gut zwei Jahren, im August 2002, hat die Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfe-Organisationen der Schweiz (VASOS) mit einer Vertretung der Jugendorganisationen einen "Pakt der Generationen" abgeschlossen. Ziel dieses Paktes ist es, eine Brücke zwischen den Generationen zu schlagen. Uns ist es ernst mit diesem Pakt und wir nehmen die Gelegenheit wahr, diese Vereinbarung zu konkretisieren.

Angeline Fankhauser, Co-Präsidentin VASOS

Über die Notwendigkeit, die Familien zu fördern und sie zu unterstützen, wird viel geredet und geschrieben. Jetzt ist es an der Zeit, konkret zu werden. Die Familien können nicht länger vertröstet werden. Wenn Kinder zu Armutsfaktoren werden, dann stimmt etwas nicht. Den Familien ist auch nicht geholfen, wenn immer wieder auf den vermeintlichen Wohlstand des Alters hingewiesen wird. Für das Alter ist einiges sozial abgesichert worden, die Jüngeren haben sich solidarisch gezeigt, zum Beispiel am 16. Mai 2004 anlässlich der AHV-Abstimmung. Nun ist die Solidarität in die andere Richtung gefragt.

Der soziale Ausgleich ist der Kitt einer Gesellschaft und muss für alle Generationen gelten. Die VASOS kennt den Wert der Solidarität. Sie wehrt sich gegen alle Versuche, die Generationen gegeneinander auszuspielen. Wer von den sozialen Errungenschaften im Alter profitiert, sollte auch bereit sein, sich für die kommenden Generationen zu engagieren. Die Kinder, die Jugend sind unsere Zukunft!

Vorschläge lagen seit Jahren in den Schubladen der Politik. Die Initiative „Für faire Kinderzulagen!“ hat - zum Glück - die Diskussion neu lanciert. Was vor 13 Jahren im Parlament eine Mehrheit fand, ist zwar besser als nichts, ist aber durch die Entwicklung überholt: Die Initiative „Für faire Kinderzulagen!“ ist die bessere Lösung. Sie ist am besten geeignet, die Familien substanziell zu unterstützen und gleichzeitig Ordnung im kantonalen Wirrwarr zu schaffen.

Die VASOS hat sich für die Lancierung der Initiative „Für faire Kinderzulagen!“ engagiert und erinnert ein weiteres Mal daran: Faire Kinderzulagen sind ein Gebot des gesellschaftlichen Zusammenhaltes.

Medienkonferenz vom 24. Februar 2005

Initiative „Für faire Kinderzulagen!“ ist der richtige Weg

Der Nationalrat wird in der Frühlingsession zusammen mit der Initiative „Für faire Kinderzulagen!“ auch über einen indirekten Gegenvorschlag beraten. Travail.Suisse ist nach wie vor überzeugt, dass die Initiative der richtige Weg zur Stärkung der Eltern und Kinder in der Schweiz ist.

Martin Flügel, Leiter Sozialpolitik, Travail.Suisse

Der Grund für diese Überzeugung liegt darin, dass der Gegenvorschlag im materiellen Bereich deutlich hinter der Initiative zurückbleibt. Der folgende Vergleich zeigt die wichtigsten Unterschiede zwischen Initiative und Gegenvorschlag.

Vergleich von Initiative „Für faire Kinderzulagen!“ und Gegenvorschlag

	Für faire Kinderzulagen Eidgenössische Volksinitiative	Gegenvorschlag Bundesgesetz über die Familienzulagen
Form	Verfassungsänderung (Art.116 BV)	Bundesgesetz (Rahmengesetz)
Anspruch	Das Prinzip „ein Kind - eine Zulage“ wird in der Verfassung verankert Anspruch auf Kinderzulagen für alle Kinder bis 16 Jahre und für Kinder in Ausbildung bis 25 Jahre	Das Prinzip „ein Kind - eine Zulage“ wird grösstenteils umgesetzt (Einbezug von Selbstständigerwerbenden, Nichterwerbstätigen und Teilzeiterwerbstätigen) Kinderzulagen für Kinder bis 16 Jahre und Ausbildungszulagen für Kinder bis 25 Jahre
Anspruchsbegrenzung	Keine	Einkommengrenze für Nichterwerbstätige
Höhe	15 Franken pro Tag für alle Kinder (450 Franken/Monat)	200 Franken Kinderzulage 250 Franken Ausbildungszulage

Lastenausgleich	gesamtschweizerischer Lastenausgleich zur Reduktion der Beitragsdifferenzen zwischen Branchen bzw. Kantonen mit vielen und mit wenigen Eltern bzw. Kindern	innerkantonaler Lastenausgleich möglich (kantonale Kompetenz)
Finanzierung	Arbeitgeber (wie heute) und öffentliche Hand (Bund und Kantone)	Arbeitgeber (wie heute) und Arbeitnehmende (kantonale Kompetenz) sowie Kantone (für Nichterwerbstätige)

Der Vergleich zeigt, dass der Gegenvorschlag einerseits zwei Anliegen der Initiative aufnimmt:

- Der Grundsatz „Ein Kind, eine Zulage“ wird grösstenteils umgesetzt. Damit würden die heute bestehenden Lücken, aufgrund deren jedes sechste Kind keine oder keine volle Zulage erhält, weitestgehend geschlossen.
- Es wird ein gesamtschweizerischer Mindeststandard für die Höhe der Kinderzulagen und Ausbildungszulagen geschaffen.

Andererseits wird aus dem Vergleich aber auch deutlich, dass der indirekte Gegenvorschlag in mindestens zwei Punkten weit hinter der Initiative zurückbleibt:

- Die unterschiedlich hohen Ansätze der Kinderzulagen zwischen den verschiedenen Kantonen bleiben – in vermindertem Ausmass – bestehen. Da sich diese Differenzen nicht rechtfertigen lassen, bleiben auch die Ungerechtigkeiten bestehen. Es ist nicht einzusehen, warum sich die Kinderzulagen eines Erwerbstätigen in Freiburg von den Kinderzulagen eines Erwerbstätigen in Bern unterscheiden sollen.
- Mit der vorgesehenen Höhe von 200 Franken Kinderzulage bzw. 250 Franken Ausbildungszulage wird keine substantielle Verbesserung der Kinderzulagen gegenüber heute erreicht. Für mehrere Kantone würde diese Regelung sogar die Gefahr eines Rückschrittes mit sich bringen. Zudem entspricht dieser Betrag auch in keiner Weise der Bedeutung der Kinder für die Gesellschaft, er stellt keine angemessene Anerkennung der Leistung der Eltern dar und deckt auch nicht annähernd die durch Kinder verursachten Kosten.

Fazit: die Initiative „Für faire Kinderzulagen!“ ist der richtige Weg

Travail.Suisse will, dass Eltern und Kinder in der Schweiz eine gute Perspektive haben. Dazu braucht es heute eine gezielte Stärkung von Familien mit tieferen und mittleren Einkommen und eine klare Anerkennung der Leistungen der Familien. Mit der Initiative „Für faire Kinderzulagen!“ kann dieses Ziel erreicht werden.

Der Gegenvorschlag bleibt hingegen insbesondere im Hinblick auf den Abbau der ungerechtfertigten Differenzen zwischen den Kantonen und auf die Erhöhung der Kinderzulagen zu bescheiden, um eine spürbare Verbesserung gegenüber der heutigen, unbefriedigenden Situation sicherzustellen.

Für Travail.Suisse stellen deshalb die in der Initiative „Für faire Kinderzulagen!“ formulierten Vorschläge nach wie vor den besten Weg dar, um Eltern und Kindern in der Schweiz die nötige Anerkennung und Unterstützung zukommen zu lassen und damit der Bedeutung der Kinder für die Gesellschaft angemessen Rechnung zu tragen.



Medienkonferenz vom 24. Februar 2005

Bedeutung von fairen Kinderzulagen aus der Perspektive von Kinderschutz Schweiz

Mit der Ratifizierung der UNO-Kinderrechtskonvention hat sich die Schweiz verpflichtet, bei allen Massnahmen das Kindeswohl als vorrangig zu berücksichtigen und den notwendigen Schutz und die notwendige Fürsorge für das Wohlergehen des Kindes sicher zu stellen.

Andrea Burgener Woeffray, Präsidentin Kinderschutz Schweiz

Kinderschutz Schweiz engagiert sich für den Schutz und das Wohl von Kindern. Als nationale Organisation bekämpft sie jegliche Formen von Gewalt und Willkür an Kindern. Dazu gehören auch die strukturellen Missstände wie Armut und in deren Folge Vernachlässigung aufgrund materieller Unterversorgung.

Vorrangig ist Kinderschutz Schweiz bestrebt, Kinder durch Prävention vor allen Formen der Gewalt zu schützen. Die Initiative von Travail.Suisse ist eine präventive Massnahme und wird deshalb von Kinderschutz Schweiz aktiv unterstützt. Finanzielle Leistungen für Kinder und ihre Familien in Armutslagen oder Familien, die von Armut bedroht sind, sind ein wirksames Mittel, um die Lebenssituation von Familien zu verbessern.

Kinder sind von Armut doppelt betroffen:

- direkt durch materielle Einschränkung
- indirekt durch das Erziehungsverhalten von Eltern, die den Bedürfnissen der Kinder nicht mehr gerecht werden können.

Kinder teilen die wirtschaftliche Mangelsituation ihrer Eltern. Diese beeinträchtigt ohne Zweifel die physische und psychische Gesundheit und die Entwicklung der Kinder. Sie haben geringere Bildungschancen, sind in höheren Schulen untervertreten und oft gezwungen, sich baldmöglichst selber zu versorgen oder zum Familieneinkommen beizutragen. Armut kann sich auf die Intelligenzentwicklung und schulische Leistungsfähigkeit nachteilig auswirken. Mit Armut verbunden sind auch Perspektivenlosigkeit oder Zukunftsängste. Von Armut betroffene Kinder fühlen sich oft minderwertig. Gerade bei männlichen Jugendlichen sind in solchen Lebenslagen vermehrte Aggressionen und Normverstösse, allenfalls delinquentes Verhalten, feststellbar.

Eine positive, unterstützende Erziehung ist unter Armutsbedingungen schwierig. Armut kann das Ausmass an Konflikten erhöhen und die Eltern-Kind-Beziehungen belasten: grössere Strenge, willkürliches, strafendes Erziehungsverhalten, vermehrte Misshandlungen und Gewalt können die negativen Folgen von Armut sein. Familiäre Lebenswelten aber sollten Orte der Verlässlichkeit, des Vertrauens, des Schutzes und der Fürsorge sein.

Armut hat Kindergesichter. Kinderpolitisch gesehen ist akuter Handlungsbedarf angesagt. Die Politik muss eine Kraftanstrengung aufbringen. Die Initiative von Travail.Suisse ist eine vernünftige Lösung und ein wesentlicher Baustein, um den Teufelskreis der Verarmung und zunehmender Vernachlässigung von Kindern aufgrund materieller Unterversorgung aufzuhalten und präventiv zu wirken - ganz im Sinne von Kinderschutz Schweiz.

Medienkonferenz vom 24. Februar 2005

Was kosten faire Kinderzulagen – wie können sie finanziert werden?

Mit der Initiative „Für faire Kinderzulagen!“ sollen die Kinderzulagen auf 15 Franken pro Tag und Kind erhöht werden. Es ist klar, dass dadurch Kosten entstehen, die finanziert werden müssen. Dabei muss aber ein kühler Kopf bewahrt und die Bedeutung von Kindern für die gesamte Gesellschaft im Auge behalten werden.

Susanne Blank, Leiterin Wirtschaftspolitik, Travail.Suisse

Faire Kinderzulagen kosten 3 Milliarden Franken

Gemäss der Botschaft des Bundesrates würde die Initiative „Für faire Kinderzulagen!“ brutto etwas mehr als 10 Milliarden Franken kosten. Entscheidend für die Finanzierung sind aber nicht die Bruttokosten, sondern die Nettokosten, denn nur diese müssen finanziert werden. Zudem müssen diese Nettokosten auf einer Grundlage berechnet werden, die mit den aktuell verfügbaren Zahlen zum heutigen Kinderzulagensystem vergleichbar sind. Travail.Suisse hat diese Zahlen zusammengestellt und in der folgenden Tabelle aufgeführt.

Tabelle: Von den Bruttokosten zu den Nettokosten

	in Mia. Franken
1. Kosten brutto gemäss Botschaft	10.68
2. Reserven	-0.3
3. bestehende Arbeitgeberbeiträge	-4.7
4. Einsparungen	-1.0
5. Selbstfinanzierung über zusätzliche Steuereinnahmen	-1.68
Kosten netto	3.0

Kommentar zu den einzelnen Punkten:

1. Gemäss Botschaft (S.45) betragen die Kosten brutto 10.68 Milliarden Franken.
2. Die Botschaft rechnet bei den Bruttokosten 0.3 Milliarden Franken jährlich zur Reservenbildung ein. Heute werden keine solchen Reserven geäufnet. Für einen Vergleich mit den heutigen Kosten dürfen diese Reserven deshalb nicht eingerechnet werden.

3. Die zur Finanzierung der heute bereits bestehenden Kinderzulagen bezahlten Arbeitgeberbeiträge sollen weiterhin in der gleichen Grössenordnung für diesen Zweck erhoben werden. Für die Berechnung der Nettokosten sind deshalb die bestehenden Arbeitgeberbeiträge zu berücksichtigen. Gemäss Botschaft betragen die Arbeitgeberbeiträge heute 3.85 Milliarden Franken. Diese Angabe in der Botschaft liegt aber weit unter den Zahlen anderer Quellen. Gemäss Schweizerischer Sozialversicherungsstatistik 2004 betragen die Arbeitgeberbeiträge im Jahr 2002 bereits 4.68 Milliarden Franken. Wird der Trend der letzten Jahre fortgeschrieben (ca. 3 Prozent Wachstum der Arbeitgeberbeiträge), betragen die Arbeitgeberbeiträge im Jahr 2004 rund 4.95 Milliarden Franken. Die Annahme von 4.7 Milliarden Franken kann somit als vorsichtig bezeichnet werden.
4. Gemäss Botschaft ergeben sich durch die Initiative verschiedene Einsparungen bei Bund und Kantonen (z.B. Prämienverbilligungen KV, Sozialhilfe), die bei der Berechnung der Nettokosten zu berücksichtigen sind. Dabei schätzen wir diese Einsparungen leicht höher ein als die Botschaft (eine Milliarde anstatt 0.81 Milliarden). Diese Abweichung beruht darauf, dass eine Studie des Büro BASS (Wirkungen der Initiative „Für faire Kinderzulagen!“, T. Bauer 2001) die Einsparungen bei der Sozialhilfe auf 0.6 Milliarden anstatt auf 0.2 Milliarden wie in der Botschaft beziffert. Wir gehen davon aus, dass ungefähr ein mittlerer Wert (0.4 Milliarden) zutreffen würde, was unsere Einschätzung der Einsparungen gegenüber der Botschaft um rund 0.2 Milliarden auf rund eine Milliarde Franken erhöht.
5. Die Kinderzulagen unterliegen der Besteuerung. Die Erhöhung der Kinderzulagen führt zu einer Erhöhung der steuerbaren Einkommen. Dieser Effekt auf den Steuerertrag kann als Selbstfinanzierung bezeichnet werden und beträgt gemäss Botschaft (S.45) 1.68 Milliarden Franken.

Durch die Berücksichtigung der aufgeführten Punkte sinken also die Nettokosten der Initiative auf drei Milliarden Franken. Nur dieser Betrag ist zu finanzieren und eine vernünftige Diskussion über die Finanzierung fairer Kinderzulagen muss sich auf diese Basis beziehen.

Finanzierungsmöglichkeiten sind vorhanden

Die Initiative sieht vor, dass faire Kinderzulagen durch die Arbeitgeber und die öffentliche Hand zu finanzieren sind. Dabei soll die öffentliche Hand, also Bund und Kantone, mindestens die Hälfte der Finanzierung übernehmen. Da sich die heutigen Beiträge der Arbeitgeber bereits auf ungefähr die Hälfte der Kosten belaufen, müssen die drei Milliarden Franken von der öffentlichen Hand aufgebracht werden. Für Travail.Suisse stehen dabei drei Möglichkeiten im Vordergrund:

- allgemeine Steuermittel von Bund und Kantonen: Immer wieder wird behauptet, die finanzielle Lage von Bund und Kantonen sei angespannt. Gleichzeitig fordern rechtsbürgerliche Kreise aber auch immer wieder Steuererleichterungen für Familien. Eine laufende Volksinitiative mit entsprechenden Forderungen wird unter anderem auch von der SVP unterstützt. Faire Kinderzulagen sind die bessere und zielgerichtete Alternative zu solchen Steuererleichterungen. Mit den 4.5 Milliarden Franken, die das Steuerpaket gekostet hätte, wären die Kosten der Initiative gedeckt gewesen.

- Mehrwertsteuer: Zur Finanzierung von 3 Milliarden Franken wäre eine Mehrwertsteuererhöhung im Umfang von 1.1 Prozent nötig. Das ist ungefähr gleichviel wie heute in die AHV fliesst. Die Betreuung und Erziehung von Kindern ist mindestens eine ebenso wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe wie die Sicherstellung der Altersvorsorge. Deshalb wären Mehrwertsteuern, die von der ganzen Bevölkerung bezahlt werden, eine geeignete Finanzierungsquelle.
- nationale Erbschaftssteuer: Nachdem fast alle Kantone die Erbschaftssteuer abgeschafft haben, kann gegen die Schaffung einer nationalen Erbschaftssteuer wenig eingewendet werden. Vor wenigen Wochen hat Travail.Suisse ein Arbeitspapier vorgelegt, in dem zur Finanzierung von 3 Milliarden Franken eine nationale Erbschaftssteuer vorgeschlagen wird, bei der jene 10 Prozent der Erbschaften, die über 500'000 Franken betragen (Freibetrag), mit einem durchschnittlichen Steuersatz von 25 Prozent besteuert werden (siehe Arbeitspapier „Eine nationale Erbschaftssteuer zur Finanzierung von fairen Kinderzulagen“).

Sind 3 Milliarden Franken viel Geld für die Kinder?

Auf den ersten Blick sind drei Milliarden Franken viel Geld. Dieses Bild verändert sich aber rasch, wenn der Betrag in Relation gesetzt wird zu anderen Mittelfläüssen. So liegen die drei Milliarden Franken deutlich unter den Ausgaben der öffentlichen Hand für das Militär (2001: 4.9 Milliarden), den Strassenbau (4.4 Milliarden.) oder für die Landwirtschaft (4.5 Milliarden). Im Vergleich zu den insgesamt ca. 80 Milliarden Franken, die jährlich in die Altersvorsorge fliessen, nehmen sich drei Milliarden für die Kinder fast bescheiden aus. Dies umso mehr, als es sich bei Kinderzulagen um eine Investition in die Zukunft handelt. Die Zahlen machen deutlich, dass die Finanzierung von fairen Kinderzulagen nicht eine Frage des Könnens, sondern vielmehr eine Frage des Wollens ist: Wenn wir in der Schweiz faire Kinderzulagen wollen, dann werden wir sie auch finanzieren können.

Mediengespräch vom 24. Februar 2005

Das Wallis macht's vor!

Der Kanton Wallis hat die höchsten Kinderzulagen in der ganzen Schweiz. Mit Zulagen von Fr. 260.-- bis Fr. 444.-- pro Monat haben die Sozialpartner und die Wirtschaft schon längst die Bedeutung einer finanziellen Unterstützung für Familien mit Kindern erkannt.

Bertrand Zufferey, Generalsekretär der Interprofessionellen Christlichen Gewerkschaften des Wallis (SCIV)

Auch wenn dies heute die höchsten Kinderzulagen in der Schweiz sind, bleiben sie dennoch ungenügend, vor allem für die beiden ersten Kinder, da der Höchstbetrag von Fr. 444. – erst ab dem dritten Kind ausgezahlt wird.

Fr. 450.-- statt Fr. 444.-- pro Monat, das entspricht einer Differenz von Fr. 0.20 pro Tag. Dieser Betrag sollte den Familien bereits ab dem ersten Kind zugesprochen werden, denn jedes Kind verursacht dieselben Kosten.

Es ist nicht länger tragbar, dass Kinder in unserem Land, in dem die Geburtenkurve nach unten zeigt, ein Armutsrisiko darstellen.

Grosszügige Kinderzulagen führen zwar nicht zu einem sprunghaften Anstieg der Geburtenrate, aber sie können der ungünstigen Entwicklung entgegenwirken, die eine Überalterung der Bevölkerung mit sich bringt.

Wenn wir diesen Weg nicht einschlagen, kommt das der Verordnung eines äusserst wirkungsvollen Verhütungsmittels gleich, das die Familienplanung vieler Paare zunichte macht. Das Parlament darf den Kopf nicht länger in den Sand stecken und muss endlich die Rolle der Kinder und der Familie anerkennen.

Seien wir mutig und machen wir in der ganzen Schweiz eine echte Familienpolitik, indem wir Kinderzulagen von Fr. 450.-- pro Monat oder Fr. 15.-- pro Tag auszahlen, was lediglich 50 Prozent der mit einem Kind verbundenen Kosten entspricht.

"Ein Kind an der Hand zu nehmen bedeutet, es in die Zukunft zu führen", in die Welt der Erwachsenen, wo es seinerseits zum Akteur in unserer Gesellschaft wird. Geben wir den Kindern gemeinsam eine Zukunft, indem wir ihre Familien unterstützen.

Im Wallis haben die Bevölkerung und die Wirtschaft verstanden, dass man in die Kinder investieren muss. Das Walliser Finanzierungssystem bestätigt im Übrigen den Willen einer ganzen Bevölkerung (Lohnbeteiligung 0.3 Prozent).

Wenn das Wallis solche Kinderzulagen auszahlen kann, warum nicht auch alle anderen Kantone, deren finanzielle Lage im Übrigen oft besser ist?